

Mustertext für eine Anfrage beim Betriebsstättenfinanzamt

...wir wollen als Versicherungsnehmer für unsere Mitarbeiter/innen eine arbeitgeberfinanzierte Krankenzusatzversicherung bei einer privaten Krankenversicherungsgesellschaft abschließen.

Die Beiträge werden monatlich per Inkasso an das Versicherungsunternehmen gezahlt. Leistungen aus dem Vertragsverhältnis fließen direkt dem/der Mitarbeiter/in zu.

Als zusätzliche Option möchten wir eine Höherversicherung zu den arbeitgeberfinanzierten Leistungen und eine Mitversicherung der Familienangehörigen anbieten. Diese Bausteine werden vom jeweiligen Mitarbeiter selbst finanziert.

Besteht die Möglichkeit die arbeitgeberfinanzierte Leistung aus lohnsteuerrechtlicher Sicht als Sachbezug im Sinne des § 8 Abs. 2 und 3 EStG zu sehen und kommt bei einem Monatsbeitrag unter 44,- Euro die Freigrenze nach § 8 Abs. 2 S. 9 EStG zur Anwendung?

Oder kann eine Pauschalversteuerung im Sinne des § 40 Abs. 1 Nr. 1 EStG vorgenommen werden? Welche Voraussetzungen müssen ggf. erfüllt sein?

Wir möchten Sie bitten, uns zum oben genannten Sachverhalt eine schriftliche Stellungnahme zu schicken.